

## Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (18. November 1981)

**Legende:** Am 18. November 1981 unterstützt der deutsche SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt im Europäischen Parlament die Initiative der deutschen und der italienischen Regierung, die ihren Partnern in den Europäischen Gemeinschaften den Entwurf einer europäischen Akte, den so genannten Genscher-Colombo-Plan, vorgelegt haben, um die politische Zusammenarbeit zwischen den Zehn zu stärken.

**Quelle:** Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 18.11.1981, n° 1-277. [s.l.]. p. 133-135.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_willy\\_brandt\\_vor\\_dem\\_europaischen\\_parlament\\_18\\_november\\_1981-de-e0dced66-d55f-4323-92da-2cc758eab1ba.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_vor_dem_europaischen_parlament_18_november_1981-de-e0dced66-d55f-4323-92da-2cc758eab1ba.html)

**Publication date:** 04/07/2013

## Rede von Willy Brandt vor dem Europäischen Parlament (18. November 1981)

**Die Präsidentin.** — Das Wort hat die Sozialistische Fraktion.

**Brandt.** — Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, im Feilschen um Quoten und um Prozente schwimmt nur zu leicht die historische Dimension des Prozesses der europäischen Einigung, und nur zu oft soll mit bequemen Schuldzuweisungen von den Unzulänglichkeiten abgelenkt werden, die die Regierungen und Verwaltungen in ihrem Verhältnis zur Gemeinschaft zu verantworten haben.

Nichts wäre jetzt objektiv mehr geboten, als die Möglichkeiten der Gemeinschaft auszubauen, um den Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken. Hierbei haben wir nicht viel aufzuweisen. Mancher ist schon so bescheiden geworden, daß er es für einen Erfolg hält, wenn die Gemeinschaft die Erschütterungen, denen wir ausgesetzt sind, überlebt. Natürlich kann ein vernünftiger Europäer nichts dagegen haben, daß die politische Zusammenarbeit unserer Regierungen und dieser mit den Organen der Gemeinschaft verbessert wird, und daß die kommunitären mit den intergouvernementalen Aktivitäten noch besser verzahnt werden. Aber ich denke auch, die Ausführungen, die der Präsident der Kommission gerade gemacht hat, bestätigen die alte Erfahrung, daß sich ein Pferd nicht gut vom Schwanz her aufzäumen läßt.

Ich bin für das, was man Politische Union nennt, wenn es diese Bezeichnung verdient. Ich bin nicht für ein neues Etikett, dem kein verbesserter Inhalt entspricht.

*(Beifall)*

Schwächen in der Substanz lassen sich nicht durch politische Verzierungen kompensieren. Die Sozialistische Fraktion hat diesen Gedanken in ihrem Entschließungsentwurf zum Ausdruck gebracht.

Mit anderen Worten: Warum sollte man gegen das sein, worum sich der deutsche Außenminister und sein italienischer Kollege bemühen? Warum sollten wir bei aller Desillusionierung nicht auch noch einmal daran erinnern, daß man ein Europäisches Parlament nicht ohne Risiko direkt wählen ließ. Dessen Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte auszuweiten, wäre keine Gratifikation an die hier Versammelten, sondern käme der Glaubwürdigkeit derer zugute, denen damals zum Ausbau der Gemeinschaft nicht mehr als die Direktwahl eingefallen ist.

*(Beifall)*

Vielleicht können die Anregungen der französischen Regierung uns weiterhelfen — ich weiß es noch nicht, sondern kann es nur hoffen. Mit dem Vorschlag einer Entwicklung — jedenfalls auf gewissen Gebieten — hin zur Sozialunion haben sich einige von uns bereits vor einem knappen Jahrzehnt befaßt. Die ökonomischen und finanziellen Voraussetzungen haben sich seitdem nicht verbessert.

Nichts führt daran vorbei, daß die eigentlichen ursprünglichen Aufgaben der Gemeinschaft besser angepackt werden müssen, wenn man ihnen etwas hinzufügen will, daß also der Haushalt umstrukturiert und daß die gemeinsame Agrarpolitik reformiert werden muß. Die Gemeinschaft muß mobil gemacht werden, denn die Bürger in unseren Ländern werden die Gemeinschaft in den vor uns liegenden Jahren an den Beiträgen und Einflüssen messen, die sie aufzubringen in der Lage ist, um Beschäftigung zu sichern und Strukturen zu verbessern. Hiervon wird auch das politische Gewicht dessen abhängen, was die Gemeinschaft und die aufeinander abgestimmten Politiken der Gemeinschaftsländer in die Waagschale zu legen vermögen.

Ich greife gerne auf, worauf sich die Kollegen — jedenfalls zwei Kollegen — und auch das Mitglied der Kommission bei der Begründung der Anfragen bezogen haben und sage: In einer Welt, in der täglich anderthalb Milliarden Dollar für Rüstungszwecke verpulvert werden, objektiv verschwendet werden, während gleichzeitig 600 oder sogar 800 Millionen Menschen nicht ausreichend zu essen haben, muß gerade auch bei uns in Europa auf das bedrückende Mißverhältnis zwischen Hunger und Rüstung immer wieder hingewiesen werden.

*(Beifall)*

Aber ich habe früher gesagt und wiederhole: Nicht nur friedenspolitische und humanitäre, sondern auch wirtschaftliche, auch unsere wirtschaftlichen Gründe sprechen dafür, den Prozeß der Entwicklung wesentlich beschleunigen zu helfen.

Das konsultative Gipfeltreffen, das vor einem Monat führende Staatsmänner aus Nord und Süd in Cancun/Mexiko zusammenführte, hat das Empfinden der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gestärkt. Es hat die Bereitschaft erkennen lassen, die lange verzögerten sogenannten Globalverhandlungen bei den Vereinten Nationen nun doch endlich in Gang zu bringen. Daran wären dann, wenn sie in Gang kämen, übrigens auch die Sowjetunion und ihre Verbündeten beteiligt.

In den beiden zentralen Fragen der Lebensmittelversorgung und der Energieversorgung sind in Cancun Zeichen gesetzt worden. Ich will das begründen: Zum einen hat sich, wenn ich Cancun richtig verstehe, die Erkenntnis durchgesetzt, daß man künftig das Schwergewicht auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion in all den Entwicklungsländern, in denen hierfür die Voraussetzungen gegeben sind, verlagern sollte. Hier sind neben den Vereinigten Staaten, die schon viel getan haben und noch viel zu leisten haben, gerade auch die Europäer gefordert. Die Kommission sollte meiner Meinung nach im Rahmen einer kohärenten Ernährungsstrategie schrittweise die Hilfe für Verbesserungen der örtlichen und regionalen Agrarproduktion steigern, auch wenn selbstverständlich bei akuter Not weiterhin akute Hilfe einsetzen muß.

Zum anderen sind die Chancen gestiegen, eine mehr oder weniger eng mit der Weltbank verbundene Finanzierungseinrichtung zum Tragen zu bringen, die gezielt Mittel einsetzt, damit in armen Entwicklungsländern vorhandene Energieressourcen dort erschlossen und ausgeschöpft werden. Ich teile die Hoffnung des französischen Staatspräsidenten, daß man schon in den nächsten Monaten gerade auf diesem Gebiet vorankommt.

Zu den übrigen Finanzierungsproblemen und zur Reform internationaler Organisationen waren in Cancun noch keine neuen Impulse zu verspüren.

Europa wird jedenfalls eine wichtige Rolle zu spielen haben, doch nur, wenn es nicht in einem Zustand selbstverschuldeter Schwäche verharrt, sondern die Kraft aufbringt, ein verlässlicher Faktor einer globalen Partnerschaft zu sein, die Frieden sichert und Hunger besiegt.

Ich möchte, Frau Präsidentin, meine Kolleginnen und Kollegen bitten, mir zwei Minuten für etwas Gehör zu schenken, was ich als Deutscher, als deutscher Sozialdemokrat sage: Ich möchte meine Kollegen bitten, dem Unsinn, der seit einiger Zeit über Verteidigungsfeindschaft, Antiamerikanismus und egoistischen Neutralismus in der Bundesrepublik Deutschland verbreitet wird, keinen Glauben zu schenken.

*(Beifall)*

Die Bundesrepublik Deutschland wird ein zuverlässiger Partner der Europäischen Gemeinschaft und der Allianz bleiben, und falls Herr Breschnew dies noch nicht wüßte, würden wir es ihm Anfang nächster Woche in Bonn sagen, was freilich für uns, für viele von uns nicht bedeutet, auf die Inanspruchnahme unseres eigenen Denkapparats zu verzichten.

*(Beifall)*

Meine jungen Landsleute, die in großer Zahl zusammenströmen, um gegen den Krieg, nein, gegen die Rüstung zu demonstrieren, mögen, russische Raketen nicht lieber als andere — sie sind gegen das Wettrüsten in Ost und West. Sie wehren sich freilich dagegen, mit dem Verdacht belegt zu werden, sie würden aus einer bestimmten Hauptstadt ferngesteuert.

*(Beifall)*

Diejenigen, die bei uns politische Verantwortung tragen, stehen vor der Aufgabe, Friedenssehnsucht und Friedenspolitik in Einklang zu bringen. Europa hat Schlimmeres erfahren, als daß junge Deutsche sich für

den Frieden engagieren. Unsere Freunde, zumal in der Europäischen Gemeinschaft, brauchen vor einem Deutschland, in dem um den richtigen Weg zum Frieden gerungen wird, keine Angst zu haben.

Frau Präsidentin, nur eine Gemeinschaft, die auf den Gebieten funktioniert, für die sie eigentlich geschaffen wurde, ist letztlich auch nach außen handlungsfähig.

Gewiß, Europa wird nicht mit am Tisch sitzen, wenn in anderthalb Wochen in Genf die Vertreter der nuklearen Weltmächte über eurostrategische Waffen zu verhandeln beginnen. Aber wir haben, so gut wir es können, deutlich zu machen, was wir Europäer erwarten — übrigens auch, was wir unter einer Null-Lösung verstehen, für die sich der Überschrift nach — wenn ich richtig informiert bin — am heutigen Tage auch der amerikanische Präsident in Washington ausspricht.

Es ist schwer erträglich, wenn sich die europäische Öffentlichkeit — zumal die europäische Jugend — anhören muß, wie weit sich wohl ein atomarer Krieg begrenzen lasse. Europäisches Eigeninteresse und europäisches Selbstbewußtsein werden durch solches Gerede gefährlich herausgefordert. In der vergangenen Woche habe ich mich in Budapest, wo ich ein paar Tage war, erneut davon überzeugen können, daß europäische Besorgnis ein Stück jener Identität ist, die viele von uns über Blockgrenzen auf diesem Kontinent miteinander verbindet. Eigene europäische Beiträge zur Friedenssicherung, zur Minderung von Spannungen, zum Abbau der Rüstung sind unerlässlich.

Wir hier in unserem Teil Europas müssen enger zusammenrücken. Auch innerhalb der Atlantischen Allianz müssen wir — all diejenigen von uns, deren Staaten zu ihr gehören — wohl die europäische Position stärker zur Geltung bringen. Das geht nur, wenn wir bereit sind, zusätzliche gemeinsame Verantwortung auf uns zu nehmen.

Ich denke nicht, daß man zu den Akten legen muß, was in den frühen siebziger Jahren in bezug auf den Abbau von Spannungen und sachliche Zusammenarbeit mit einigem Erfolg auf den Weg gebracht wurde. Aber ein Gleichgewicht militärischer Kräfte — sehr schwierig zu definieren, wenn man globalen und regionalen Kriterien Rechnung tragen will — ist ja kein Ziel an sich, sondern soll auf einem möglichst niedrigen Niveau das Instrument sein, um zu einem Frieden zu kommen, der weniger anfällig ist als jetzt. In diesem Zusammenhang — lassen Sie mich das ganz offen sagen, auch wenn dies hier keine eigentliche Rüstungskontrolldebatte ist, die noch kommt — stellt sich dann auch die Frage, ob es nicht — wie mir die Fachleute sagen — unter Nutzung der modernen Waffentechnik gelingen könnte, einen guten Teil der Nuklearwaffen in Europa überflüssig zu machen.

Der schleppende Gang des zweiten Madrider Folgetreffens läßt mir den Hinweis geboten erscheinen, daß man die trotz aller Unzulänglichkeiten in Helsinki 1975 bestätigten Ansätze nicht verkommen lassen, sondern nach Möglichkeit fortentwickeln sollte. Das gilt jetzt insbesondere für das Projekt einer ergänzenden Konferenz über Abrüstung in Europa, über die eben dort in Madrid auf dem zweiten Folgetreffen beraten wird, wobei ich mir im klaren bin, daß man dieses Projekt nur im Zusammenhang mit dem sehen kann, was dort zu einem Abschluß gebracht werden sollte. Das gilt aber auch für die Zusammenarbeit gerade im wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Bereich und für die konkreten menschlichen Erleichterungen, die ihren eigenen, unverzichtbaren Rang haben.

Das Europäische Parlament täte gut daran, sich zu einem geeigneten Zeitpunkt erneut mit den Madrider Verhandlungen auseinanderzusetzen und zu prüfen, welche Initiativen der Gemeinschaft im Hinblick auf die Weiterentwicklung praktischer Zusammenarbeit sowie wirksamer Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung geeignet sein könnten. Ich meine in der Tat, Frau Präsidentin, verehrte Kollegen, daß Europa in einer Welt globaler Spannungen ein Faktor der Vernunft sein kann.

Europa ist heute kein Hauptakteur der globalen Spannungen, und leider können wir nicht hoffen, daß es zum Hauptakteur für eine weltweite Reduzierung der Spannungen und für eine weltweite Solidarität mit der Dritten Welt wird. Ich glaube aber, daß die europäischen Staaten und die Europäische Gemeinschaft eine besondere Verantwortung tragen. Ich glaube in der Tat trotz aller Ernüchterungen, denen wir uns nicht entziehen können, daß Europa über Erfahrungen mit Stabilität und der Erreichung von Stabilität verfügt, die

in der heutigen Weltlage gebraucht werden. Europa darf sich deshalb nicht abkapseln, sondern es muß diese Erfahrungen ins Spiel bringen und sie anwenden, wo es möglich ist.

*(Beifall)*